

Antrag

der **Fraktion DIE LINKE.**

Thema: **Schiennentstring TETIS staatlich bauen: Für eine innovative, zukunftsfähige und nachhaltige Industriensiedlung in der Bahn-Modell-Region Lausitz!**

Der Landtag möge beschließen:

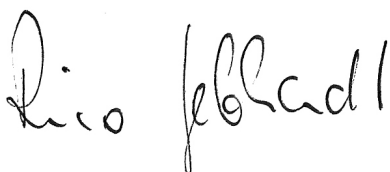
Die Staatsregierung wird aufgefordert,

ausgehend von der am 17. Juni 2020 an das Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit übergebenen „Potentialstudie Schienenfahrzeugtestzentrum Lausitz“ und in Umsetzung der gemeinsamen Absichtserklärung zwischen dem Freistaat Sachsen, dem Landkreis Görlitz und der anliegenden Kommunen Niesky und Hähnichen das Vorhaben „Testzentrum für Eisenbahntechnik in Sachsen (TETIS)“ und dessen Ansiedlung am Standort Niesky voranzutreiben sowie mit den dem Freistaat Sachsen zur Verfügung stehenden Mitteln und Möglichkeiten aktiv zu unterstützen und hierzu insbesondere:

1. dem Landtag ein Konzept für die Gründung und auskömmliche Finanzausstattung einer im Bereich und der Ressortverantwortung des für Wirtschaft zuständigen Staatsministeriums einzurichtenden sächsischen Staatsbetriebs für die zur Betreuung des geplanten Testzentrums für Eisenbahntechnik in Sachsen am Standort Niesky in der Rechtsform einer landeseigenen Betriebsgesellschaft (Sächsische Landesbetriebsgesellschaft „TETIS-Oberlausitz“) unter möglicher Beteiligung der im Einzugsbereich von TETIS liegenden Kommunen vorzulegen, die insbesondere wie folgt ausgestaltet sein soll:
 - a) Zweck und Schwerpunktaufgabe der Landesbetriebsgesellschaft sollen die Planung, die Errichtung, die Standortentwicklung, der dauerhafte Betrieb und die Unterhaltung eines europaweit innovativen Eisenbahn- und Schiendentstring-Standortes sein. Dieser soll die die Oberlausitz über Jahrzehnte prägende Tradition als Eisenbahntechnik-Industriestandort fortführen sowie innovative Eisenbahn- und Eisenbahntechnik-Unternehmen unterstützen und fördern.
 - b) Einführung eines kostendeckenden Gebührenmodells für die künftige Nutzung des Teststrings, mit dem ein wirtschaftlicher Betrieb abgesichert werden soll.

Dresden, den 04.05.2022

- b.w. -



Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender

- c) Einrichtung eines aus den Gebühreneinnahmen finanzierten Fonds, mit dem sächsische und brandenburgische Eisenbahntechnik-Unternehmen in der Lausitz sowie deren Zulieferunternehmen als Wirtschaftscluster bei Innovationen finanziell, ideell und materiell unterstützt werden sollen.
 - d) Gewährleistung der Beschäftigung und Entlohnung der Arbeitnehmer:innen der Landesbetriebsgesellschaft nach Maßgabe des für die Branche geltenden Tarifvertrages (Tarifbeschäftigung), eingeschlossen die aktive Unterstützung und Förderung der betrieblichen Mitbestimmung durch die Beschäftigten im Betriebsrat.
 - e) Einrichtung eines Beirats der Landesbetriebsgesellschaft, dem jeweils ein:e Vertreter:in
 - des Betriebsrats,
 - von regionalen Umwelt- und Verkehrsverbänden,
 - des jeweils zuständigen Ministeriums der beteiligten Länder und des Bundes,
 - des mittleren und oberen Managements
 - der angrenzenden Kommunen
 angehören, um eine effektive Kontrolle des Handelns der Gesellschaft innerhalb der gesetzlich zulässigen Grenzen zu ermöglichen.
2. im Rahmen des Bund-Länder-Koordinierungsgremiums (BLKG) darauf hinzuwirken, dass die nach dem Investitionsgesetz Kohleregionen (InvKG) angedachte Bundesmaßnahme zur Stationierung einer Bundeswehreinheit im sächsischen Teil des Lausitzer Reviers nicht weiter umgesetzt wird. Die dadurch freiwerdenden Mittel (geplant: 287,5 Millionen €) sollen zur Finanzierung des Baus des Testzentrums „TETIS“ verwendet werden bzw. der Kapitalausstattung und finanziellen Unterstützung der erforderlichen Investitionen der zu errichtenden Sächsischen Landesbetriebsgesellschaft „TETIS Oberlausitz“ zur Verfügung gestellt werden.
3. die weitere Entwicklung des Vorhabens „Testzentrum für Eisenbahntechnik in Sachsen (TETIS)“ unter rechtzeitiger und direkter Beteiligung der Menschen vor Ort, insbesondere der anliegenden Städte und Gemeinden und deren Einwohner:innen, Vertreter:innen zivilgesellschaftlicher Organisationen und der Gewerkschaften umzusetzen.

Begründung:

Im Rahmen des Strukturwandels infolge des Ausstiegs aus der Braunkohleverstromung werden derzeit eine Vielzahl von Projekten und Ideen von Zivilgesellschaft, Kommunen, Land und Bund entwickelt, um die Revierregionen nachhaltig zu transformieren. Eine tragende und wirtschaftlich belastbare Projektidee, die in einer von der Zukunftswerkstatt Lausitz in Auftrag gegebenen „Potentialstudie Schienenfahrzeugtestzentrum Lausitz“ näher untersucht wurde, ist die Errichtung eines Testzentrums für Eisenbahntechnik in Sachsen (TETIS) in der Lausitz.

Die Potenzialstudie kommt zu dem Schluss, dass sowohl aus wirtschaftlicher Hinsicht ein großer Bedarf an Schientestkapazitäten in der Region besteht, als auch, dass ein Standort bei Niesky über die vergleichsweise besten Voraussetzungen für einen solchen Schientestring verfügt.

Mit den Werken von Alstom in Bautzen und Görlitz, den ELH Waggonwerken in Niesky sowie zahlreichen Zulieferern und Dienstleistern bahntechnischer Systeme sei die Lausitz zudem wie

kaum eine andere Region prädestiniert für eisenbahnspezifische Ansiedlungen¹. Laut Potentialstudie könnten durch das Testzentrum dauerhaft zusätzlich bis zu 1.150 neue Arbeitsplätze entstehen. Für den von der Potenzialstudie geschätzten Investitionsbedarf in Höhe von ca. 270 Mio. Euro für den Bau des Schienentestrings² hat sich allerdings bislang kein privater Investor gefunden.

Nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE ist daher der Staat besonders gefordert, die dringend notwendigen, und für die nächsten Generationen wirksamen Investitionen zu tätigen, die offensichtlich der Privatsektor nicht zu tragen bereit ist.

Aus diesem Grunde soll nach dem vorliegenden Antragsbegehren eine öffentliche Landesbetriebsgesellschaft des Freistaats Sachsen – auch unter möglicher Beteiligung der anliegenden Kommunen – gegründet werden, die TETIS am Standort Niesky plant, baut sowie dauerhaft unterhält und betreibt (Sächsische Landesbetriebsgesellschaft „TETIS - Oberlausitz“). An dieser Gesellschaft können sich auch anliegende Kommunen beteiligen, so dass sie auch aktiv eingebunden werden. Im Sinne der Wirtschaftlichkeit ist für diese ein Gebührenmodell einzuführen, damit nicht nur der unrentable Aufbau von TETIS von der Gemeinschaft finanziert wird, sondern die Gemeinschaft später langfristig auch am rentableren Betrieb partizipiert.

Ein solcher Schienentestring in der Lausitz hat bereits zugesagte Nutzungsinteressen durch den TÜV-Süd, Stadler und Alstom. Um sicherzustellen, dass auch direkt örtliche Unternehmen in der Eisenbahntechnikbranche vom Schienentestring profitieren, ist aus einem Teil der Gebühreneinnahmen ein Fonds zu bilden, aus dem Innovationsmaßnahmen für die örtlichen Unternehmen finanziert werden.

Die Chance durch TETIS als ein Projekt und Betrieb in öffentlicher Hand besteht auch in den sich dafür bietenden Möglichkeiten der demokratischen Mitbestimmung und Kontrolle. Bislang wurde über das Projekt und dessen Umsetzungsstand allenfalls in Pressemeldungen berichtet³. Viele Sorgen und Fragen der Menschen vor Ort blieben unbeantwortet.

Im Gegensatz zur bisherigen Praxis soll TETIS ein Vorzeigeunternehmen in Sachen transparenter Wirtschaftsansiedlung, demokratischer Kontrolle und Teilhabe werden – sowohl für die zukünftigen Beschäftigten, als auch für die Menschen vor Ort. Deshalb ist bei der Planung von TETIS die Beteiligung der Menschen vor Ort sicherzustellen. Mit der Gründung der Landesbetriebsgesellschaft sind von Beginn an gute Arbeitsbedingungen und tarifliche Entlohnung für die Beschäftigten von TETIS nach Maßgabe der jeweils geltenden Tarifverträge sowie eine aktive Unterstützung und Förderung der betrieblichen Mitbestimmung durch die Beschäftigten (Betriebsrat) zu sichern. Mit der Gründung eines Beirats soll sichergestellt werden, dass das Handeln der Gesellschaft, die von der Gemeinschaft finanziert wird, auch der Gemeinschaft nützt.

Um sicherzustellen, dass dieser Beirat auch ein wirksames Kontrollgremium ist, muss er mindestens dazu befähigt werden, über die Bestellung und die Abberufung von

1 Siehe Antwort der Staatsregierung auf eine Kleine Anfrage von Antonia Mertsching (Drs. 7/5441).

2 Siehe Antwort der Staatsregierung eine Kleine Anfrage von Marco Böhme (Drs. 7/2724).

3 Ebd.

Geschäftsführern sowie die Entlastung derselben sowie über die Teilung, die Zusammenlegung sowie die Einziehung von Geschäftsanteilen zu entscheiden.

Die Errichtung eines Schienentestrings in öffentlicher Hand und die Schaffung nachhaltiger Industriearbeitsplätze fügt sich ideal ein in die mit dem Strukturwandel verbundenen Ziele aus dem Abschlussbericht der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ (2019) sowie den daraus abgeleiteten Gesetzen, Leitbildern und Handlungsprogrammen. Viel mehr als andere bislang angestoßene oder angedachte Maßnahmen, wie etwa die geplante Stationierung einer Bundeswehreinheit im sächsischen Teil des Lausitzer Reviers, welche den o. g. Investitionsbedarf für einen Schienentestring sogar noch übersteigen würde. Da das Vorhaben der Bundeswehr-Stationierung mit geplanten Kosten in Höhe von 287,5 Mio. EUR noch nicht offiziell vom Bund-Länder-Koordinierungsgremium (BLKG) beschlossen wurde, ist die Staatsregierung gefordert, schnellstens auf eine veränderte Prioritätensetzung der Bundesmaßnahmen hinwirken.

Die mit dem Antrag nachdrücklich geforderte Ansiedlung des Schienentestrings in Niesky hätte einen deutlich nachhaltigeren Effekt für die industrielle Transformation der Region und würde wichtige Impulse für den Standort Lausitz senden. Dadurch wird eine Bahntechnikregion gestärkt, die im Umkreis von 100 km alles zu bieten hat: von der Produktion, Testung bis zur Wartung von Schienenfahrzeugen. Zudem liegt sie im Herzen Europas und kann durch die oben vorgeschlagenen Punkte zu der Bahnregion Mitteleuropas werden. Aus diesem Grund ist eine Förderung des Clusters zusammen mit dem Land Brandenburg durchzuführen.